

15.06.2010

Pressemitteilung

Innenministerkonferenz blockiert Schulbesuch von Kindern ohne regulären Aufenthaltsstatus. Verletzung des Koalitionsvertrags.

Die Einhaltung des Koalitionsvertrags der Bundesregierung, in dem zwecks der menschenrechtlich gebotenen Ermöglichung des Zugangs zu Bildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus die Aufhebung der Meldepflicht öffentlicher Stellen für den Schulbesuch von Kindern ohne regulären Aufenthaltsstatus angekündigt wird, fordert Gerd Pflaumer, Vorstandsmitglied von **AKTIONCOURAGE – SOS Rassismus**, in einem Schreiben an Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Zu seiner Intervention veranlasst sieht sich Pflaumer, da die Innenministerkonferenz der Länder infolge des Vetos einiger der CDU/CSU angehöriger Landesinnenminister die im Koalitionsvertrag beschlossene Änderung des Aufenthaltsgesetzes blockiert. Er verlangt, dass de Maizière bei den Ministerpräsidenten der blockierenden Bundesländer auf die Einhaltung des von ihnen mitgetragenen Koalitionsvertrags drängt und die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Koalitionsrunde setzt. Ferner solle die Bundesregierung rasch einen Gesetzentwurf zur Änderung von § 87 des Aufenthaltsgesetzes im Bundestag einbringen. An der erforderlichen Zustimmung des Bundesrats dürfte nach Einschätzung Pflaumers die versprochene Gesetzesänderung nicht scheitern, da einige unionsgeführte Länder wie z.B. NRW und Hessen bereits entsprechende landesrechtliche Regelungen getroffen hätten. Mit der Änderung würde im Übrigen auch die unerfreuliche unterschiedliche Rechtspraxis in den Bundesländern und Kommunen beendet, die zu großer Rechtsunsicherheit bei Schulbehörden, Schulleitern, Lehrern und Familien ohne regulären Aufenthaltsstatus führe und statuslose Eltern von einem Schulbesuch ihrer Kinder abschrecke.

Die im Koalitionsvertrag beschlossene Änderung entspricht laut Pflaumer schon seit Jahren von wichtigen zivilgesellschaftlichen Institutionen erhobenen Forderungen. Er weist dabei u.a. auf das Katholische Forum Illegalität, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, den DGB, das Forum Menschenrechte, das Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte und das Deutsche Institut für Menschenrechte hin. Ferner erinnert er an ein Schreiben von de Maizières Amtsvorgänger vom Mai 2009 an die katholischen Bischöfe, EKD, BDA und DGB, in dem Schäuble aus humanitärer Sicht und im gesellschaftlichen Interesse befürwortet hatte, Kindern unabhängig vom Aufenthaltsstatus den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

„Es geht unseres Erachtens nicht an, die unionsinternen Differenzen in dieser Frage auf dem Rücken der Schwächsten und Schutzbedürftigsten unserer Gesellschaft auszutragen. Hier steht auch die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien auf dem Spiel“, betont Pflaumer abschließend.

AKTIONCOURAGE e.V. -
SOS Rassismus
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel. 0228 – 21 30 61
Fax 0228 – 26 29 78
info@aktioncourage.org
www.aktioncourage.de

Vorstand:

Bernhard von Grünberg
(Vorsitzender)
Brigitte Erler
Klaus Gabrielli
Dr. Heiner Geißler BM a.D.
Gudrun Graichen-Drück
Heiko Kauffmann
Sanem Kleff
Dr. Gerd Pflaumer
Sybille von Stocki
Klaus Stoltenberg

Kuratorium:

Volker Beck MdB
Marianne Birthler
Dr. Norbert Blüm BM a.D.
Dr. Nadeem Elyas
Maybrit Illner
Prof. Barbara John
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger MdB
Dr. Edzard Reuter
Prof. Hansjürgen Rosenbauer
Dr. Herbert Schnoor
Dr. Monika Wulf-Mathies

AKTIONCOURAGE

wird unterstützt u.a. von:
Franziska van Almsick
Dr. Franz Alt
Dr. Alfred Biolek
Renan Demirkan
Dr. Klaus von Dohnanyi
Johannes B. Kerner
Brothers Keepers
Jürgen von der Lippe
Xavier Naidoo
Cem Özdemir
Die PRINZEN
SMUDO, Die Fantastischen Vier
Günter Wallraff

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
Konto 7097 400

AKTIONCOURAGE e.V.
ist Mitglied im DPWV